

Brauchen wir den Weltklimarat noch?

Vor fünf Jahren erhielt er den Friedensnobelpreis, mittlerweile ist der internationale Klimarat IPCC in die Kritik geraten. Manche halten ihn schon für überholt. Zwei prominente deutsche Klimaforscher diskutieren pro und contra

Der IPCC ist eine der wichtigsten Innovationen der wissenschaftlichen Politikberatung. Seit dem zweiten Sachstandsbericht des IPCC 1995 kennen alle Regierungen der Welt den wissenschaftlichen Konsens in Sachen Klimawandel: Der Mensch ist maßgeblich für die globale Erwärmung verantwortlich. Seit der Gründung des IPCC haben sich jedoch die thematischen Schwerpunkte zunehmend verlagert. Nicht mehr die Klärung der Ursachen steht im Vordergrund; heute geht es mehr um die Bewertung der Folgen des Klimawandels und die Abschätzung der Strategien zur Vermeidung. Der IPCC hat diese Diskussion auf die Tagesordnung der Weltpolitik gesetzt.

Wenn es aber um die Frage geht, wie etwa die Folgen von Dürren und der daraus resultierende Anstieg der Nahrungsmittelpreise bewertet werden oder welche Maßnahmen zur Emissionsvermeidung ergriffen werden sollen, dann geht es nicht nur um Tatsachen. Es geht auch um Werte. Kann der IPCC dann aber noch einen wissenschaftlichen Konsens formulieren und die Politik wertneutral darüber informieren?

Auch manche wohlmeinende Kritiker des IPCC verneinen dies. Sie argumentieren, der IPCC laufe Gefahr, eine Versammlung politisierender Wissenschaftler zu werden. Und die über-schritten ihr Mandat, wenn sie mit ihren Empfehlungen Wertentscheidungen treffen, für die sie nicht mehr Kompetenz beanspruchen dürften als jeder andere, der ethisch kompetent argumentiere. Daher wird gefordert, Forscher sollen forschen und Politiker entscheiden.

Doch diese Sichtweise geht an der Realität moderner Gesellschaften vorbei. Ohne den Rat von Experten könnten Politiker oft nicht einmal die Optionen identifizieren, die ihnen zur Lösung eines Problems zur Verfügung stehen. Den politischen Entscheidungsträgern mangelt es in der Regel ja nicht an einem Angebot an Meinungen, sondern an einem wissenschaftlich fundierten Überblick über die Lösungsmöglichkeiten. Und hier lässt die Wissenschaft die Politik oft im Stich. Zwar kann es keinen wissenschaftlichen Konsens über Wertentscheidungen geben, aber es ist durchaus möglich, die zur Verfügung stehenden Optionen zu beschreiben und die Kriterien für die Bewertung und Auswahl der verschiedenen Alternativen auf den Tisch zu legen. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben wissenschaftlicher Politikberatung, die Kosten, Risiken



Ja

OTTMAR EDENHOFER

» Der IPCC verwickelt Wissenschaft und Politik in einen gegenseitigen Lernprozess. Er hat seine Zukunft noch vor sich «

und Chancen der verschiedenen Optionen in einem Gesamtüberblick auszuloten. Und gerade weil die Lösungsoptionen noch nicht hinreichend exploriert sind, hat der IPCC seine Zukunft noch vor sich.

Wer hier die nationalen Wissenschaftsakademien oder Verbände weniger Forschungsinstitute als bessere Berater empfiehlt, muss deren Gutachten kritisch daran messen, was wissenschaftliche Politikberatung zu leisten hat. Erfahrungen zeigen, dass auch Gremien wissenschaftlicher Politikberatung manchmal nur vermeintlich alternative Lösungen empfehlen, die eher die Präferenzen der beteiligten Wissenschaftler widerspiegeln als den Wissensstand. Der IPCC hat hier neue Standards gesetzt. Seine Berichte explorieren Alternativen, ohne dabei die politischen Entscheidungen vorwegzunehmen.

Dabei müssen jedoch nicht nur die relevanten Wissenschaftsdisziplinen repräsentiert werden, sondern auch die weltweit unterschiedlichen kulturellen Perspektiven. Um einen tragfähigen Konsens auch über Wertfragen erreichen zu können, kann auf diese internationale Pluralität nicht verzichtet werden.

Pluralität erfordert einen hohen Aufwand bei der regional ausgewogenen Auswahl der Autoren. Der IPCC muss weiterhin darauf achten, wissenschaftliche Exzellenz zu gewährleisten. Und hier können die nationalen Akademien eine große Hilfe sein. Internationale Netzwerke

von Forschungsorganisationen können den dringend benötigten Aufbau von Forschungskapazitäten in den Entwicklungsländern vorantreiben. Die Ausgewogenheit der Autorentams und ihre wissenschaftliche Exzellenz können so weiter gestärkt werden.

Der IPCC arbeitet nach klaren Regeln, er ist keineswegs im Zangengriff der Politik. Zwar müssen die Zusammenfassungen der umfangreichen Berichte für Entscheidungsträger Wort für Wort mit den Regierungen der Welt abgestimmt werden. Und es stimmt: Dabei wird geschachert, gepokert, gedroht und gelockt. Aber Aussagen dürfen nur dann verändert werden, wenn dies durch den Bericht gedeckt ist. Und den verfassen alleine die Wissenschaftler. Sie geben den Ton an, nicht die Politiker. Die wissenschaftliche Glaubwürdigkeit ist dadurch gesichert.

Der IPCC verwickelt Politik und Wissenschaft in einen gegenseitigen Lernprozess. Die Regierungen müssen auf dem Boden des wissenschaftlichen Kenntnisstands stehen und die Berichte genau gelesen haben, wenn sie mit den Wissenschaftlern argumentieren wollen. Diese Diskussionen bewirken zweierlei: Die Wissenschaftler lernen die Relevanz ihrer Aussagen besser einzuschätzen, und die Regierungen müssen ihre politischen Präferenzen an Sachargumenten prüfen. Es ist dieser Abstimmungsprozess, der den Berichten Legitimität und Autorität verleiht.

ANZEIGE

Stimmt's?

Die Kolumne von Christoph Drösser können Sie auch hören, täglich 6.50 Uhr.

NDR 2

mungsprozess, der den Berichten Legitimität und Autorität verleiht.

Es gibt in diesen Verhandlungen, die beide Seiten oft genug an den Rand der Erschöpfung treiben, immer wieder den Lichtblick, dass das bessere Argument zum Zuge kommt und sich gegen nationale Interessen durchsetzt. Das macht den IPCC zwar nicht zu einer fehlerfreien, aber doch zu einer einzigartigen Institution – und zu einer unersetzlichen.

Ortmar Edenhofer ist Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Direktor des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) und Co-Vorsitzender der Arbeitsgruppe III des IPCC

Brauchen wir den Weltklimarat noch?

Vor fünf Jahren erhielt er den Friedensnobelpreis, mittlerweile ist der internationale Klimarat IPCC in die Kritik geraten. Manche halten ihn schon für überholt. Zwei prominente deutsche Klimaforscher diskutieren pro und contra

Grundsätzlich stehe ich dem Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), das von den Medien auch gern als »Weltklimarat« bezeichnet wird, positiv gegenüber. Diese Sympathie wird niemanden verwunden, der weiß, dass ich selbst an IPCC-Berichten mitgewirkt habe. Aber gerade unter Freunden sollte man auch eine unbequeme Wahrheit aussprechen können. Und die lautet: Der Rat muss über seine Raison d'Être nachdenken und möglicherweise ernsthafte Konsequenzen aus diesen Überlegungen ziehen.

Das Gremium stellt ein eigenartiges Mischwesen dar, gemeinsam gezeugt von Wissenschaft und Politik. Beispielsweise wählt nicht etwa die globale Gemeinschaft der einschlägigen Forscher die Leitautoren für die Berichte des IPCC aus, sondern dies tun letztlich die beteiligten Staaten. Nicht die Leitautoren entscheiden am Ende über den Wortlaut der Kurzfassung ihrer Berichte, sondern Regierungsvertreter. Und nur diese Kurzfassung wird von Entscheidern weltweit wirklich zur Kenntnis genommen.

Dabei bedrängt die Politik die Wissenschaft. Nicht weil die Regierungen alle bössartig wären: Das sind sie (in der Regel) nicht. Sondern weil es schlicht in ihrer Funktionslogik liegt, kurzfristige nationale Interessen durchzusetzen. Dies aber passt nicht zur Funktionslogik der Wissenschaft, die auf langfristige interessentreue Erkenntnis ausgerichtet ist, auf das Sammeln und Deuten von Fakten. Nicht weil die Forscher alle gutherzig wären: Das sind sie (in der Regel) nicht. Sondern weil im Wettbewerbssystem der Wissenschaft auf Dauer nur Erfolg hat, wer Ergebnisse vorlegt, die von den gleichfalls erfolgshungrigen Kollegen nicht widerlegt werden können. So, und nur so, entsteht Exzellenz.

Weil in der Struktur des IPCC die Grenzen zwischen Politik und Wissenschaft verwischt werden, macht er sich unnötig angreifbar. Warum wählt nicht – nur eine Möglichkeit von vielen – der InterAcademy Council (IAC) die Leitautoren aus, also die weltweite Allianz der nationalen Wissenschaftsakademien?

Bisher führten der umständliche Regionalproporz bei der Zusammensetzung der Autorenteamen und vor allem der übertriebene Vollständigkeitsanspruch bei den Inhalten der IPCC-Berichte zur Ausdünnung der wissenschaftlichen



Nein

H. J. SCHELLNHUBER

»Die Prozeduren des IPCC werden zunehmend undurchschaubar. Der Rat muss über seine Raison d'Être nachdenken«

Substanz. In Verbindung mit der Angst vor Angriffen durch Interessengruppen hat dies kontraproduktive Effekte: Die Prozeduren des Gremiums, das Tausende von Fachleuten umfasst, werden zunehmend undurchschaubar. Und der Formelkompromiss setzt sich immer häufiger als Methode zur Vermeidung von Binnenkonflikten und Reibungen mit der Politik durch.

Forschung soll und kann der IPCC ohnehin nicht betreiben. Aber braucht man für die Auswertung der Publikationen zum Thema Klimawandel wirklich diesen schwerfälligen Apparat? Die notwendige internationale Glaubwürdigkeit könnte auch ein schlankeres Gremium besitzen, das vom IAC nach transparenten Regeln zusammengestellt würde. Und was die zügige Bearbeitung der für Entscheidungsträger wichtigen Fragen angeht: die wäre am besten bei weltweiten Netzwerken jener Einrichtungen aufgehoben, die bei den entsprechenden Themenfeldern führend sind.

Der Weltklimarat hat eine wahrhaft historische Leistung erbracht: Er hat aufgezeigt, dass und wie der Klimawandel maßgeblich vom Menschen durch den Ausstoß von Treibhausgasen verursacht wird. Und er hat die ernsthaften Risiken skizziert, die daraus folgen. Dies ist ein ungeheures Verdienst, das zu Recht mit dem Friedensnobelpreis gewürdigt wurde. Nicht zuletzt weil die Wissenschaft zu ungeheuren An-

strengungen in einer enorm politisierten Forschungsarena bereit war.

Der 2013/14 erscheinende nächste Bericht des IPCC wird den Stand der nun wirklich hinreichend abgesicherten Erkenntnisse in vermutlich nie dagewesener Genauigkeit für Entscheider und Öffentlichkeit verfügbar machen. Die Wissenschaft arbeitet danach weiter an der Verfeinerung der Erkenntnisse. Aber hierfür bedarf es nicht der großen Sachstandsberichte. Für manche Regierungen sind diese nur noch ein Vorwand, Entscheidungen immer länger aufzuschieben – stets in Erwartung des jeweils nächsten Berichts volle sieben (!) Jahre später, der immer ein Stück mehr Gewissheit liefert.

Im Kriminalroman angloamerikanischer Prägung geht es immer um die Frage: »Who's done it?« – »Wer ist der Täter?«. Beim Klimawandel ist der Täter faktisch überführt. Ihn wieder und wieder zur Strecke zu bringen bringt wenig. Nun stellt sich die Frage: »Who'll do it?« – »Wer packt die Probleme an?«. Deshalb sollte künftig wissenschaftsbasierte Politikberatung im Zentrum neuer Berichte stehen, nicht mehr die erschöpfende Vernissage disziplinärer Forschungsergebnisse, wie sie der IPCC ein ums andere Mal in großer Redlichkeit organisiert.

Beim Entlarven des »Täters«, also der Ursachen des Klimawandels, geht es nur um Fakten. Beim Entwickeln von Handlungsoptionen hingegen geht es letztlich um Werte. Welche Risiken will die Weltgesellschaft eingehen? Was lässt sie sich den Schutz der Bevölkerung in von Dürren oder Fluten bedrohten Entwicklungsländern kosten? Ist der Ausbau von Stromnetzen für erneuerbare Energien wichtiger als die Bewahrung wunderbarer Landschaften? Dies alles sind politische, ökonomische, ja ethische Entscheidungen. Hier kann – und sollte – die Wissenschaft als meinungsstarker Berater dienen, statt viele Hundert Seiten dicke Sachstandsberichte voller Fußnoten abzuliefern. Wie man diese Aufgabe richtig wahrnimmt, zeigt seit Langem die amerikanische National Academy of Sciences, gegründet 1863 von keinem Geringeren als Abraham Lincoln.

Die Welt weiß – auch dank des IPCC – in Wirklichkeit längst, dass sie schleunigst handeln muss, um die Destabilisierung des Klimasystems noch abzuwenden. Offen ist freilich, ob sie es tut.

Hans Joachim Schellnhuber ist Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK)